

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuß

7 . Sitzung

am Mittwoch, dem 23. Oktober 1996, 10.00 Uhr
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Vorsitzende

Birgit Küstner (SPD)

Klaus-Dieter Müller (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Uwe Eichelberg CDU

Gero Storjohann (CDU)

in Vertretung von Silke Hars

Martin Kayenburg (CDU)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Landtagsverwaltung

RR z.A. Ole Schmidt

Weitere Anwesende

Siehe Anlage

Tagesordnung	Seite
1. Gespräch mit dem Vorstand der AKN Eisenbahn AG über die Unternehmenspolitik der Gesellschaft	4
2. Aufnahme von Überlegungen zur Planung und Realisierung eines Ersatzbauwerkes für die Eisenbahnhochbrücke über den Nord-Ostsee-Kanal bei Rendsburg	6
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/219 (überwiesen am 27.09.1996)	
3. Tätigkeit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein 1995	7
Drucksache 14/203 (überwiesen am 26.09.1996)	
4. Verschiedenes	9

Die Vorsitzende, Abg. Schmitz-Hübsch, eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Gespräch mit dem Vorstand der AKN Eisenbahn AG
über die Unternehmenspolitik der Gesellschaft**

Herr Kruszynski, Vorstand der AKN Eisenbahn AG, stellt die den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses zugeleitete Unternehmenskonzeption AKN vor und betont die Leitmotive Marktausrichtung, Kundenorientierung, Wettbewerb und Marketing.

Auch St Dr. Schmid stellt in erster Linie auf das Kriterium der Kundenorientierung ab. Von besonders unwirtschaftlichen Angeboten werde man sich verabschieden müssen, um das Ziel der Defizitminimierung zu erreichen.

Wenn es um das Bestreben der AKN gehe, bis Hamburg-Altona beziehungsweise Hauptbahnhof durchzufahren, ist es nach den Worten der Vorsitzenden im Interesse der Kundenfreundlichkeit dringend geboten, den Zustand des Bahnhofes in Eidelstedt zu verbessern.

Abg. Bernd Schröder spricht die Pendlerströme und die unterschiedlichen Kostenstrukturen im Raum Quickborn an und erkundigt sich nach der Finanzierung attraktiver Park-and-ride-Parkplätze beziehungsweise Fahrradstellplätze.

Herr Kruszynski führt zum Stichwort "Bahnhof-Suprastruktur" aus, es gehe darum, Investoren dafür zu gewinnen, die Bahnhöfe, die Umsteigestationen zu Konzentrationspunkten mit attraktiven Einkaufsmöglichkeiten auszubauen. Auch an der Verbesserung und Koordinierung des Tarifsystems werde im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten gearbeitet.

Abg. Kayenburg und die Vorsitzende vermissen im Unternehmenskonzept klare Aussagen zur Kostenseite, wollen wissen, was die AKN konkret unternehme, um die Verluste zu minimieren, und plädieren in dem Zusammenhang dafür, den stark defizitären Güterverkehr aufzugeben.

Herr Kruszynski weist nochmals ausdrücklich darauf hin, daß die neue Unternehmenskonzeption vom Aufsichtsrat und von den Gesellschaftern noch nicht beschlossen worden sei. Im Bereich des ÖPNV würden kostendeckende Preise angestrebt,

sämtliche Rationalisierungspotentiale würden ausgeschöpft. Im Bereich Güterverkehr seien über die skizzierten Entwicklungen hinaus zunächst keine Veränderungen geplant.

Abg. Hentschel erkundigt sich, ob die AKN beabsichtige, ihr Angebot zu erweitern, zum Beispiel die Personenbeförderung auf der Strecke Hamburg - Geesthacht aufzunehmen.

Herr Kruszynski antwortet dahin, ihm schwebte mit der Aufnahme der Personenbeförderung auf den Strecken Heide - Neumünster - Bad Segeberg - Bad Oldesloe - Hamburg eine Art Rundverkehr nördlich von Hamburg vor, nicht zuletzt um den Fahrzeugeinsatz zu optimieren.

MDgt Adrian problematisiert die Personalkosten der AKN (Geschäftsbericht 1995, Seite 21, Gewinn- und Verlustrechnung) und moniert, daß man bereits seit 1993 über ein neues Konzept rede, sich an der defizitären Situation der AKN aber nichts ändere.

Herr Kruszynski räumt ein, daß die Personalstruktur ungünstig sei und das Unternehmen durch Pensionszahlungen stark belastet werde.

St Dr. Schmid macht deutlich, daß eine Übernahme der Pensionslasten durch die Gesellschafter in absehbarer Zeit nicht in Betracht komme. Der von der AKN eingeschlagene Weg in Richtung Kundenorientierung und Wettbewerb zeige allerdings eine Perspektive für das Unternehmen auf.

Herr Kruszynski weist darauf hin, daß die AKN durch die Altlasten gegenüber ihrem Konkurrenten DB AG einen gravierenden Wettbewerbsnachteil habe, und macht noch einmal darauf aufmerksam, daß man die Kosten für die Bahnhofsinfrastruktur auf die Privatwirtschaft zu verlagern trachte.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Aufnahme von Überlegungen zur Planung und Realisierung
eines Ersatzbauwerkes für die Eisenbahnhochbrücke über den
Nord-Ostsee-Kanal bei Rendsburg**

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/219

(überwiesen am 27.09.1996)

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. wird der von Abg. Müller eingebrachte Antrag angenommen, zu dem SPD-Antrag Anfang 1997 Vertreter der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord, der DB AG und der dänischen Regierung sowie Gutachter zum Thema Stahlkonstruktion anzuhören.

BOR Meyer teilt mit, im Zuge der derzeit durchgeführten Instandsetzungsarbeiten an der Rendsburger Hochbrücke sei festgestellt worden, daß die Brücke eine Lebensdauer von noch mindestens 30 Jahren haben werde.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Tätigkeit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein 1995

Drucksache 14/203

(überwiesen am 26.09.1996 zur abschließenden Beratung)

St Dr. Schmid sowie Vertreter aller Fraktionen würdigen die Arbeit der Technologiestiftung und das Engagement ihres Direktors, Herrn Friebe.

St Dr. Schmid hebt die Bereiche Informations- und Kommunikationstechniken sowie Ionik hervor, zu der der Stiftungsrat den Direktor autorisiert habe, mit Blick auf die Umsetzung der Ergebnisse der Ionik-Untersuchung in wirtschaftlich verwertbare Ergebnisse entsprechende Aktivitäten zu entfalten. Die Kooperation und Arbeitsteilung zwischen der Technologiestiftung Schleswig-Holstein und der Technologie-Transfer-Zentrale solle weiter verbessert werden, die ttz vor allem potentielle Kooperationspartner aus der Wirtschaft für gemeinsame Projekte gewinnen, während die Stiftung die wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen zu mehr Nähe zur Wirtschaft bewegen sollte, um möglichst viele Kooperationsprojekte von Wissenschaft und Wirtschaft zu realisieren.

Abg. Kayenburg und die Vorsitzende fragen nach einer Kosten-Nutzen-Analyse der Technologieförderung.

Der Direktor der Technologiestiftung, Herr Friebe, macht deutlich, da die Unternehmen ihre eigenen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten aus Kostengründen zum Teil drastisch herunterführen, spiele die Bindung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft und die Entwicklung innovationsreifer Produkte eine immer wichtigere Rolle.

Daher hält es auch Abg. Müller, der einleitend ein kritisches Wort zu den Bemerkungen des Landesrechnungshofs 1996 in Sachen Technologieförderung verliert, für erforderlich, daß der Staat Anreize zur Forschung gebe und die Hochschulen enger mit der Wirtschaft kooperierten. Am Beispiel Ionik sollte einmal deutlich gemacht werden, wie effizient die Stiftung arbeite.

Herr Friebe greift den Hinweis von Abg. Müller auf die Gründung einer GmbH an der Fachhochschule Kiel auf und spricht sich dafür aus, den Drittmittelbereich der Hochschulen zu privatisieren.

Auch Abg. Hentschel stellt auf die besondere Verantwortung der Hochschulen und deren stärkere Ausrichtung auf die wirtschaftliche Verwertbarkeit von Forschungsergebnissen ab.

Für um so wichtiger hält St Dr. Schmid daher die Funktion von ttz und Stiftung als Transmissionsriemen. Die Arbeit der Hochschulen und ihrer Technologiebeauftragten müsse im Interesse einer marktnahen Forschung optimiert werden. Auf eine Frage der Vorsitzenden teilt die Staatssekretärin mit, daß die Einrichtung einer Außenstelle des FhG-Instituts Arbeitswissenschaft und Organisation bedauerlicherweise nicht zustande komme. Die der Stiftung für diesen Zweck zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 10 Millionen DM würden für andere innovative Bereiche, zum Beispiel Förderung der Biotechnologie, eingesetzt.

Auf eine weitere Frage der Vorsitzenden unterrichtet Herr Friebe den Ausschuß abschließend über einen Modellversuch der EU zum Thema "Informationsgesellschaft", an dem sich Schleswig-Holstein als Region beteiligen wolle.

Der Ausschuß nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Der Ausschuß kommt überein, in der übernächsten Sitzung ein Gespräch mit dem Vergleichsverwalter von **DST** zu führen.
- b) Zum aktuellen Stand in Sachen **GA-Förderung** teilt St Dr. Schmid mit, die EU gebe einen Förderplafond vor und überlasse den Mitgliedstaaten die Abgrenzung der Fördergebiete - in Rede stehe dabei eine Absenkung von 22 auf 20,8 %, was für Schleswig-Holstein zur Folge hätte, auf Fördergebiete mit rund 75 000 Einwohnern verzichten zu müssen.
- c) Abg. Bernd Schröder kritisiert in der Niederschrift über die 5. Wirtschaftsausschußsitzung die Wiedergabe der Diskussion zum Thema Mitfahrerparkplätze.

Schluß: 12.25 Uhr

gez. Schmitz-Hübsch
Vorsitzende

gez. Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer